

Rentenexperten warnen vor Kinderbonus

Der von der Union geplante Kinderbonus in der Altersvorsorge ist nach Auffassung führender Rentenexperten verfehlt. Das Konzept sei ungerecht, da es Beamte oder Selbstständige klar benachteilige.

BERLIN. „Durch das Konzept werden die Erziehungsleistungen von Beamten, Selbstständigen und Sozialhilfeempfängern diskriminiert, die keine Rentenversicherungsbeiträge bezahlen“, monierte der Wirtschaftsweiser Bert Rürup im Gespräch mit dem Handelsblatt. Nach Meinung des Mannheimer Demographie-Forschers Axel Börsch-Supan verstößt der Bonus gegen das Äquivalenzprinzip, das die gleiche Rente bei gleichem Beitrag garantiert: „Damit begeben wir uns auf eine schiefe Ebene.“ Der Freiburger Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen warnt: „Wir haben genug Umverteilung im Sozialsystem. Das sollten wir nicht noch ausbauen.“

Die Kritik der Professoren zielt auf ein zentrales sozialpolitisches Vorhaben von CDU/CSU. Das Wahlprogramm der Union verspricht Eltern von Kindern, die nach dem 1. Januar 2007 geboren werden, bis zu deren 12. Lebensjahr eine monatliche Ermäßigung von 50 Euro beim Rentenbeitrag. Der aus Steuermitteln finanzierte Bonus soll die Erfüllung des Generationenvertrages honorieren. „Das ist für das Gemeinwesen ein gewaltiger und richtiger Schritt“, lobt Ex-Verfassungsrichter Paul Kirchhof, der dem Kompetenzteam der Union angehört.

(...)

Negativ beurteilen die Professoren vor allem, dass von der Förderung nur rentenversicherte Arbeitnehmer profitieren – unabhängig davon, ob ihre Kinder später Beiträge in die Rentenkassen zahlen. Die Kinder eines Beamten oder eines Selbstständigen blieben hingegen außen vor, obwohl sie möglicherweise als Rentenversicherte später genauso viel oder mehr dazu beitragen, das System finanziell zu stabilisieren. Die Prämie für künftige Beitragszahler sei verquer, findet Börsch-Supan: „Soll es etwa 75 Euro für künftige Akademiker und 40 Euro für Arbeitslose geben?“ fragt er ironisch. (...)

Viele Experten bezweifeln zudem prinzipiell, ob ein finanzieller Anreiz geeignet ist, die niedrige deutsche Geburtenrate zu heben. „In den USA versteht man das gar nicht“, wendet Gert Wagner, der Forschungsdirektor des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), ein. „Nach allem, was wir weltweit wissen, spielen Sozialtransfers kaum eine Rolle für die Entscheidung, Kinder zu bekommen“, sagt der Wissenschaftler, der derzeit an der Cornell University im US-Staat New York lehrt. Entscheidend seien vielmehr eine bessere Kinderbetreuung und der Abbau der Angst vor Arbeitslosigkeit. (...)

Die Union verweist zur Begründung ihres Konzepts auf das maßgeblich von Kirchhof geprägte Pflegeversicherungsurteil des Verfassungsgerichts von 2001, das eine Besserstellung von Familien verlangte. (...) Erleichtert zeigt sich der VDR-Chef, dass die Union entgegen ursprünglichen Plänen der CSU den Bonus nicht aus der Rentenkasse, sondern aus Steuermitteln finanzieren will. Damit drohen allerdings Risiken für den Bundeshaushalt: Nach Expertenschätzungen wird die Prämie 2020 je nach Gebärfreude der Deutschen zwischen 4,2 und 5 Mrd. Euro kosten (siehe „Teurer Bonus“). Die zur Gegenfinanzierung vorgesehene Abschaffung der Eigenheimzulage bringt dem Bund hingegen in der Endstufe nur 2,5 Mrd. Euro.

Der vollständige Artikel von Karl Doemens erschien am 29. August 2005 im Handelsblatt.